

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Nach unten Seiten
je ein Jahr monatlich 20.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Postämter
und die Anzeigen-Veranstaltungen
an. — Erscheint wöchentlich.
Ausgabe: Freitag Nr. 53.
Telegraphische Anzeiger-Veranstaltung.
Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
nach dem Platz. 3.00 Mark, gewöhnliche
Anzeigen 4.00 Mark, Kassen- und
Konten 11.00 Mark. Bei größeren
Anzeigen auf Wunsch Rabatt.

Nr. 159

Dienstag, den 11. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Reichsregierung hat in einer Note nach München nachdrücklich ein Verbot der Regimentsparaden verlangt, das Bayern bisher nicht erlassen hat.

In Oberösterreich dauern die Gewalttaten der Polen fort; von überall her wurden neue Verbrechen von Deutschen gemeldet.

In Triest wurde unter dem Verdacht der Begünstigung des gegen Scheidemann verübten Anschlages der Österreicher Theodor Bruebigam aus Triest verhaftet.

Nach einer Meldung aus Madrid sind auf einem Dampfer zwei Personen, die im Verdacht stehen, an der Ermordung Rathenau beteiligt zu sein, verhaftet worden.

Neuwahlen?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wenn man aus dem Gang der Verhandlungen im Reichsausschuss des Reichstages über den Gesetzesentwurf zum Schutze der Republik einen Schluss ziehen darf, so kann man ruhig sagen, daß alles im schönsten Lot und Blau und es gar keine Frage ist, daß dieses Gesetz mit einer großen Mehrheit im Plenum angenommen wird. Denn auch noch am gestrigen Montag, dem Tage, da das Gesetz im Plenum zur zweiten Beratung kam, verliefen die Verhandlungen darüber im Reichsausschuss in voller Harmonie; durch gegenseitiges Ab- und Zugeben wurden einzelne Stellen gemildert, andere verschärft, wieder andere erhielten neue Formulierungen, die jeden Zweifel bei der Auslegung ausschließen sollen, so daß man ruhig sagen darf, daß das Gesetz wirklich die Gestalt bekommen wird, die jedem Demokraten und jedem Republikaner im Interesse des Schutzes der Republik notwendig erscheint. Trotzdem wäre es fast ein trübseliger Optimismus, zu glauben, daß das Gesetz nun tatsächlich über den Berg sei und es ungefährdet das Plenum passieren werde. Wenn es sich nur um seinen sachlichen Inhalt handeln würde, so wäre diese Hoffnung erlaubt. Leider aber steht im Vordergrund des politischen Interesses noch eine andere Frage, die von den Mehrheitssozialisten eng damit verknüpft wird und die sie möglichst heranziehen werden, um das Gesetz trotzdem zu sabotieren und den bürgerlichen Parteien die Schuld an seinem Nichtzustandekommen in die Schuhe zu schieben. Das ist die Frage des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung.

Die Frage ist zur Zeit verworren, denn je und es dient wahrlich nicht zu ihrer Klärung, daß durch den noch immer andauernden Buchdruckerstreik die Groß-Berliner Bevölkerung ganz einseitig nur durch die Arbeiterpresse informiert wird und gar keine Gelegenheit hat, durch die große Berliner demokratische Presse auch andere Ansichten zu hören. Das aber wäre schon deshalb dringend nötig, weil die sozialistische Presse die Dinge denn doch nicht richtig darstellt und großenteils von falschen Voraussetzungen ausgeht. So wird z. B. behauptet, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien die Auflösung des Reichstages scheuen, bisher aber nichts getan hätten, um sie zu verhindern. Wie das Zentrum sich zu einer Reichstagsauflösung stellen würde, ist uns nicht bekannt. Für die Demokraten jedenfalls liegt die Sache durchaus nicht so, daß sie unter allen Umständen einer Reichstagsauflösung aus dem Wege gehen wollen. Es ist einigermassen naheliegend, wenn von sozialistischer Seite gesagt wird, die Koalitionsparteien hätten bisher nichts getan, um eine Reichstagsauflösung zu verhindern. Darf man fragen, was sie bisher dazu eigentlich hätten tun sollen? Daß die Demokraten an dem Zustandekommen des Schutzgesetzes für die Republik bisher aufs eifrigste mitgearbeitet und daß manche Verschärfung darin ihren Vorschlägen zu verdanken ist, wird wohl auch von sozialistischer Seite nicht bestritten werden. Demnach bliebe nach Ansicht jener Kreise offenbar nichts anderes übrig, als daß die Demokraten nun auch noch bedingungslos zu dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung Ja und Amen sagen würden. Denn darauf läuft ja doch, um das Kind beim rechten Namen zu nennen, die ganze Geschichte hinaus. Die Mehrheitssozialdemokratie hat die Unabhängigen doch nie so fest am Schenkel gehalten, wie gerade gegenwärtig, und fürchtet, daß ihr das Bild der Wiedervereinigung der bisher feindlichen Brüder nicht so rasch mehr gelingen wird, wenn jetzt der Plan der Vereinigung innerhalb der Reichsregierung scheitern

sollte. Das kann man den Sozialisten von ihrem Standpunkt aus sehr wohl nachfühlen. Aber das dürfte denn doch kein Grund für eine Umerlegung sein, wie sie der Vorwärts beging, der zu dem Antwortschreiben der deutschen Volkspartei an die bürgerlichen Koalitionsparteien u. a. bemerkte, die Sozialdemokratie denke gar nicht daran, statt der Unabhängigen die Partei des Herrn Stresemann in die Koalition aufzunehmen. Der Vorwärts weiß sehr wohl, daß es sich darum nie gehandelt hat, sondern daß vom Zentrum und den Demokraten gleichzeitig mit der Verbreiterung der Regierungsbasis nach links auch eine solche nach rechts angestrebt wird. Diesem Gedanken hat die Entscheidung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei denn auch von neuem die Wege geebnet. Gewiß würde der Ausfall von Neuwahlen in starkem Maße von der Parole der Reichstagsauflösung abhängig sein. Aber die Sozialdemokratie dürfte sich doch erheblich täuschen, wenn sie etwa der Ansicht huldigt, daß sie etwa selbst bei einem gemeinsamen Wahlkampf der beiden sozialistischen Parteien mit einer stärkeren Vertreterzahl in den Reichstag zurückkehren würde als jetzt. Es wäre dringend zu empfehlen, daß sie sich besser über den Umstand der Stimmung in der Bevölkerung orientierte, die nach Rathenau Ermordung aufs äußerste empört war, jetzt aber durch die linksradikalen Ausschreitungen — wie erst jetzt wieder durch den Totschlag eines kriegsbeschädigten Offiziers in Singen und durch die Bilderstürmer in Durlach bei Karlsruhe — und durch die zahllosen unnützen Demonstrationen einen gewaltigen Rückschlag erlitten hat, der gewiß allen anderen Parteien eher als den sozialistischen zugute kommen würde. Im übrigen wäre Neuwahlen auch vom Standpunkt der notwendigen Gesundung des Parteiwesens nicht abzulehnen. Daß dabei vor allem die deutschnationalen die Leidtragenden wären, ist gar keine Frage. Denn so gering innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Zahl derer ist, die von der deutschnationalen Mordkammer nichts wissen wollen, so groß ist ihre Anzahl unter der Wählerschaft, die gerne deutschnational, aber auch gerne ansässige Menschen dabei bleiben wollen. Die sozialistischen Parteien werden sich aber keineswegs einbilden, daß etwa sie die Früchte einer Spaltung in dieser Partei ernten würden.

Wir wünschen die Reichstagsauflösung nicht, aber wir haben auch keinen Grund, sie zu scheuen. Nur verkennen die Demokraten nicht, daß Neuwahlen in der jetzigen Lage des Reichs vor allem aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen ein schweres Unglück wären. Es liegt auf der Hand, daß die Regierung, hinter der kein Parlament mehr steht und dessen künftige Zusammensetzung niemand kennt, in ihrer außenpolitischen Tätigkeit sehr gehemmt und bei weitem nicht mehr den moralischen Kredit finden würde wie bisher. Die Gewähr einer Anleihe würde von neuem auf viele Monate vertagt, der Sturz der Mark ins Aschgrau wäre nicht aufzuhalten; das ganze Wirtschaftssystem würde kaum mehr gut zu machende Rückschläge erleiden. Vielleicht lassen sich die Sozialisten auch einmal diese Erwägungen durch den Kopf gehen. Das Beste wäre schon, die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien erfolge sofort, dann wäre die freitragende Frage automatisch gelöst.

Die Umkehr der Deutschen Volkspartei.

Der gestern im Auer Tageblatt wiedergegebene Sonntagbeschluss des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei, der schärfste Maßregelung gegen Agitationen und Organisationen fordert, die zu politischen Wortkämpfen anregen, und der der Ueberzeugung klar Ausdruck gibt, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist, kann in seiner Tragweite nicht gut überschätzt werden. Gewiß richtet sich der Beschluss auch gegen die Herrschaft der Straße und gegen jede Schmäherung der großen vaterländischen Geschichte in der Vergangenheit. In diesem Zusammenhang verblüht er sich die Verschlimpfung der schwarzweißroten Farben, bekennt sich aber zu der Notwendigkeit, die Reichsflagge gegen Verschlimpfung und Beschimpfung zu schützen. Diese letzteren Ausführungen sind nicht nur parteitaktisch vom Standpunkt der Deutschen Volkspartei aus durchaus verständlich, sondern sie werden auch bis weit in die demokratischen Kreise hinein Billigung finden. Die Demokraten haben in ihrer großen Mehrzahl immer dagegen angekämpft, daß die Sozialdemokratie die Republik dadurch vollständig zu machen versucht, daß sie alle großen Errungenschaften der Vergangenheit leugnet und herabsetzt. Die linksradikalen Großtaten unserer Väter ha-

ben eine solche Herabsetzung wahrlich nicht verdient; sie widerspricht außerdem jedem geschichtswissenschaftlichen Denken. Von diesen parteitaktischen Sagen des Ausschusses des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei abgesehen, bleiben aber die grundsätzlichen Erklärungen von erheblichem dauerndem Wert. Mag die Deutsche Volkspartei jetzt in die Regierung kommen oder nicht, so wird sie in Zukunft ihre Taktik so einrichten müssen, daß sie die republikanische Verfassung schützt und die offene oder versteckte Verächtlichmachung der republikanischen Einrichtungen und Embleme in den Parlamenten, in ihren Versammlungen und vor allem in ihrer Presse unterläßt. Daß das gegenüber der bisher von ihr vertretenen Taktik ein sehr starkes Ubrücken bedeutet, kann nur der leugnen, der die zahllosen Angriffe der Partei und ihrer Organe in der Vergangenheit nicht kennt oder unterschätzt. Es ist deshalb auch grundverfehlt, diese Wendung in der Geschichte der Deutschen Volkspartei zu bespötteln oder sonst herabzusetzen. Im Gegenteil sollten alle Freunde der Republik die Kundgebung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei vom Sonntag gut im Gedächtnis behalten, um sie jederzeit gegen etwaige Rückfälle der Volksparteier in alte Methoden wieder zu verwenden.

Die Demokraten und das Gesetz zum Schutze der Republik.

Aus dem Reichsausschuss wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Die Grundlage des Gesetzesentwurfes zum Schutze der Republik ist im wesentlichen beibehalten worden. Die Mehrheit des Ausschusses, der harmonisch zusammenarbeitete, war der Meinung, daß das Gesetz zwar den Charakter eines Notgesetzes haben müsse, geforen aus einer besonderen Lage, der gegenüber die Normen des geltenden Strafrechtes nicht ausreichen, nicht aber den eines Ausnahmegesetzes gegen einzelne Gruppen der Bevölkerung oder gegen einzelne Parteien. Die Demokraten gingen von dem Standpunkt aus, daß dem Staate unter allen Umständen die nötigen Machtmittel zum Schutz der Republik in die Hand gegeben werden müssen. Die Bestimmungen dürften aber nicht dazu führen, daß das politische Leben oppositioneller Parteien völlig lahmgelegt wird; aus solchen Bestimmungen wächst eine Erbitterung, die die demokratische Republik noch mehr gefährdet. Vor allen Dingen aber hielten die Vertreter der demokratischen Partei es für geboten, die verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheitsrechte des Individuums so wenig wie möglich anzutasten. Um eine solche Beeinträchtigung zu vermeiden, hätten sie sich gerne den Vorschlägen angeschlossen, die Bestimmungen über die Einschränkung der Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit aus dem Gesetz auszuschneiden und Verordnungen des Reichspräsidenten zu überlassen, um den Ausnahmecharakter solcher Bestimmungen klar zu kennzeichnen. Wegen diese Vorschläge lehnte die Reichsregierung ebenso ab, wie die Linksparteien. Um ein Zustandekommen des Gesetzes nicht zu gefährden, stimmten die Demokraten zu, auch diese Bestimmungen in das Gesetz selbst aufzunehmen. Es gelang ihnen aber, sie so zu fassen, daß völliger Willkür der Verwaltungsinstitutionen vorgebeugt wird. Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen dürfen nur dann verboten werden, wenn Tatsachen vorliegen, die die Befolgung rechtfertigen, daß in ihnen Erbitterungen stattfinden, die den Zustand der durch dieses Gesetz strafbaren Handlungen bilden. Das Verbot muß auf Antrag schriftlich erlassen und begründet werden. Die Möglichkeit, Vereine zu verbieten, die für eine bestimmte Person als Thronanwärter werben, ist davon abhängig gemacht worden, daß die Erhebung einer bestimmten Person betrieben wird. Dagegen konnten die Demokraten einem Kautschulantrage der Sozialdemokraten nicht zustimmen, der jede monarchische Agitation, die geeignet ist, den inneren Frieden zu gefährden, verbieten will. Die Bestimmungen des Gesetzes wurden durch einen demokratischen Antrag wesentlich verschärft, daß Personen, die wegen gewisser, in diesem Gesetz mit Strafe bedrohter Handlungen bestraft worden sind, nicht nur der Aufenthalt an bestimmten Orten verboten, sondern umgekehrt zu ihrer besseren Beaufsichtigung der Aufenthalt an bestimmten Orten angewiesen werden kann. Auf Grund einer solchen Kontrolle glaubte die Mehrheit des Ausschusses auf eine Verbannung gegenüber bestrafte Mitglieder der ehemals regierenden Fürstentümer verzichten zu können. In der Form, die der Ausschuss dem Regierungsentwurf gegeben hat, reicht er zum Schutze der Republik aus. Gegenüber ist es gerade den Demokraten gelungen, ihm den häßlichen Charakter eines Ausnahmegesetzes zu nehmen, der nicht nur demokra-

Samstagabend der Frauenvereine. Der Bund der Frauenvereine im Saargebiet veranstaltete am Samstag, den 18. Juli nachmittags 8 Uhr im Schützenhaus zu Wuzette seine erste große Sommerfeier. Den Hauptvortrag hielt Frau Pfarrer von Hundt aus Delitzsch l. Gröden, über Neue Zeiten, neue Ziele. Alle Frauen und jungen Mädchen sind zu dieser Tagung herzlich willkommen.

Theater, Konzerte, Vergnügungen, Kunst

Sommerfest des Kinderchorbundes von St. Nikolai. Das war seit dem Kriege noch nicht dagewesen! Wie viel Jubel in den Kinderherzen mag dieses Wort hervorgerufen haben! Freilich war dem Fest kein leuchtender, sonniger Tag beschieden und alle Vorbereitungen, die schon am Morgen auf der weichen Erdenfläche, vom Bürgerverein zur Verfügung gestellt, getroffen worden waren, waren umsofort gewesen. In der freien Hoffnung, wenigstens ohne anhaltenden Regen durchzukommen, sammelte sich die Kinderchor mit ihren Eltern und Pächterinnen auf der Wälderwiese. Von hier aus bewegte sich der Zug, wohl an 800 Kinder, durch die Bettler-, Albert-, Ernst-Park- und Schwarzengraber Straße nach dem Festplatz. Drei Wälderbäume und drei Sterne wurden vorangetragen. Leider fehlte nun aber der Regen ein, dem die Jugend aber munter stand hielt. Schließlich mußte man aber doch zum schließenden Nach zurückkehren und die Turnhalle der 1. Bürgergarde aufsuchen. Viel Liebe und dienfertige Hände hatten vom Festplatz alles Nötige dahingebacht und nun entwickelte sich an den langen Kaffeetischen bei herrlichem, wohl gegen 100 von Wälderfrauen spendeten Kuchen, ein fröhlicher Schmaus. Den Kaffee hatte Frau Hoffmann in der Kochschule gebraut, und viele Frauen und junge Mädchen, die sich in den Dienst der Sache gestellt hatten, arbeiteten eifrig beim Bedienen der kleinen Gäste und beim Kuchen schneiden. Dann ging zum großen Spiel auf den Turnplatz. Bei der Himmel auch trübe, in den Kinderherzen war eitel Sonnenschein, und als am Abend noch Wälderchen und Semmeln an die Kinder verteilt wurden und sie ihren Kaffeebecher mit heim nehmen durften, da gab's nur Sonne und fröhliche leuchtende Kinderaugen. Nach einer kurzen Ansprache von Pfarrer Lehmann, der keine Wälder und keinen Regen geschaut hatte, den kleinen Kinderchorbunden das Fest zu bereiten, vereinte sich der Chor der jugendlichen Stimmen zu einem brausenden dreifachen Hoch auf alle die gütigen Spender, Helfer und Helferinnen des Tages und die Mägen des Liebes: So nimm denn meine Hände — schalten fröhlich zum abendlichen Himmel empor. Die freundlichen Spender alle mit Namen zu nennen ist unmöglich, aber die großen Körbe mit weißen Semmeln und die Riesenschüssel von Wurst zeugten von der Gebetendigkeit der Wälder und Helfer, und Wehl, Butter, Hüter und herrliche Geschenke aller Art von der Freundschaft dieser Geschäftskreise. Wagen- und Pferdebesitzer hatten ihre Sonntagssprache gepflegt, kurz alle Kräfte hatten geholfen. Unendliche Mühe und Arbeit hat der Tag gekostet, aber wenn dieser Festtag den Kindern ein wenig Sonne und Freude gebracht hat, so ist das das Lohnes genug. Im Herbst sollen dann die Kinder noch ihr Vogelstich haben, was diesmal unerschwinglich mußte. — Ein herrliches Glück der lieben Kinderchor!

Bwidau, 10. Juli. Die Aufwieglerei in Bwidau. Über die Vorgänge in Bwidau ist der Landesgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei ein längerer Bericht zugegangen, wonach festgestellt worden ist, daß die Ausschreitungen nicht nur durch auswärtige Instabilitäts Elemente, wobei in der Hauptsache ehemalige Soldatengarden aus Falkenstein in Frage kommen, hervorgerufen worden sind, sondern daß auch Schüler der Bwidauer Ingenieurschule in Arbeiterkleidung Dazwischen gehalten haben. — Eine Entschließung des Landesärgerates Sachsen zu den Vorgängen in Bwidau tabelt in schärfster Form, daß der Ministerpräsident sich für Zurückziehung der staatlichen Wachtmittel und für Verhandlung mit einem Aktionsausschuß entschieden hat, der sich aus eigener Machtvollkommenheit eingesetzt habe, und dessen angeordnete Rechte kein Gesetz, keine Verfassung kenne. Jede Staatsautorität und alle öffentliche Ordnung werde durch ein solches Verfahren eines Staatsministers völlig untergraben.

Dresden, 10. Juli. Die Untersuchung gegen Doct. Kolenthal abgeschlossen. In der Angelegenheit des Doct. Kolenthal ist die seit langer Zeit währende Untersuchung nunmehr zum Abschluß gekommen und die Angelegenheit von der Staatsanwaltschaft Dresden fertiggestellt worden. Wann gegen Doct. Kolenthal verhandelt werden wird, läßt sich noch nicht sagen.

Braunsdorf, 10. Juli. In die Fremdenlegion verschleppt. Der 19jährige Sohn Richard der Familie Schneidewitz hier, der seit Januar von Bochum aus, wo er in Arbeit stand, nichts mehr von sich hat hören lassen, ist anscheinend französischer Weibchen in die Hände gefallen und in die Fremdenlegion verschleppt worden.

Ort, 10. Juli. Waffen gefunden wurden in der früher Wittigshagen Villa. Ein kürzlich neu eingezogener Bewohner des Hauses fand auf dem Boden fünf Pistolen, die anscheinend Kriegsmaterial enthielten. Bei Öffnung derselben durch die sofort benachrichtigte Polizei fand man Wurmminen und Gewehre. Die Polizei beschlagnahmte das Material. Die Pistolen gehören zum Nachlaß des verstorbenen Hauptmanns Kain.

Sentenberg (Loth.), 10. Juli. Der Brand in der Ziegelei, der vor einigen Tagen durch Selbstentzündung von Braunkohlenstaub auf dem Tagebau der Grube Maria entstanden war, wird seit Sonnabend mittags von der Berliner Feuerwehrt besetzt. Der Brand nahm eine größere Ausdehnung an, weil ein Wirbelsturm die glimmenden Teile des an sich ungefährlichen Entzündungsberdes ansachte und auf andere Gruben übertrug.

Vermischtes.

Wine traurige, aber wahre Statistik. Die Steigerung des Zeitungspapierpreises gegen die Friedensjahre ist, wie schon des öfteren erwähnt, bekanntlich enorm. Zeitungspapier kostete das Allogramm:

Table with 2 columns: Year and Price per Allogramm. 1. Januar 1914: 21 Pf. 1. Januar 1919: 54 1/2 Pf. 1. Januar 1920: 195 1/2 Pf. 1. Januar 1921: 300 1/2 Pf. 1. Januar 1922: 700 1/2 Pf. 1. Februar 1922: 780 1/2 Pf. 1. März 1922: 895 1/2 Pf. 1. April 1922: 1290 1/2 Pf. 1. Mai 1922: 1590 1/2 Pf.

Der Papierpreis beträgt also jetzt das Hundertfache gegenüber dem Preise im Jahre 1914. Kommentar überflüssig! Ungemessener Preiswandel. In der Nacht zu Sonnabend erlitt der Chauffeur Semrau in Berlin einen entsetzlichen Unglücksfall. Als er sich vor dem Hause Kurfürstendamm 9 an seinem Motor zu schaffen machte, spritzte ihm plötzlich Säure in beide Augen, so daß er nicht mehr zu sehen vermochte. Man brachte ihn nach der nahen Rettungstheke am Zoo, wo der Arzt Erbblindung beider Augen feststellte.

Schlimme Zeit an einem Fremdenzug. Als letzte von allen deutschgebliebenen Städten Oberschlesiens (am Sonntag die Hauptstadt Oppeln) den Abzug der Besatzungstruppen und zugleich der Interalliierten Kommission mit dem General Lecond an der Spitze. Leider ist es dabei vor dem Hotel des interalliierten Offiziers noch zu einer häßlichen Szene gekommen. Dort wurde eine Anzahl des Umganges mit Besatzungstruppen überführter Frauen entkleidet, verprügelt und mit abgeschrittenen Haaren durch die Straßen geschleppt. Eine dieser Frauen ist sogar ihren Verletzungen erlegen.

Wieder eine Frau im besetzten Gebiet verschunden. Noch ist der Fall von Genfingen bei Bingen, wo ein achtjähriges Mädchen abhandelt kam, nicht aufgeklärt, und schon wieder ist eine Frau, und zwar die ledige Elise Weiner aus Kempfen bei Bingen, 40 Jahre alt, verschwunden. Sie wollte über die Heilburgerbrücke nach dem Krankenhaus in Gneisenheim, ist dort aber nicht eingetroffen und auch nicht wieder zurückgekehrt.

Wiener Straßenbahnfahrpreise. Vom 12. Juli ab werden in Wien die Straßenbahnfahrpreise wieder sehr erheblich erhöht. Von diesem Tage an kostet eine Fahrt am Tage 2 60 Kronen, eine Abendfahrt 3 60 Kronen und eine Nachtfahrt 7 00 Kronen.

Letzte Drahtnachrichten.

Wiederbesetzung des deutschbleibenden Oberschlesiens. Dypm, 11. Juli. Gestern fand die Wiederbesetzung des letzten Stückes der wieder an Deutschland fallenden ober-schlesischen Erde durch deutsches Militär ihren Abschluß. Der Festakt wurde eingeleitet durch einen Gottesdienst in der alten Pfarrkirche. Als Vertreter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers war Reichsarbeitsminister Brauns erschienen. Das Reichsministerium des Innern hatte den Ministerialrat Schmidt, das Auswärtige Amt Regierungsrat von Diers, die preussische Staatsregierung den Staatsminister des Innern Sebering entsandt. Nach einem durch den Dypelner Musikverein zum Vortrag gebrachten Liede übergab Befandter Dr. Gardt mit kurzen Worten die Regierungsgewalt an den Oberpräsidenten Bitta. Dieser erwiderte mit einer kurzen Ansprache, die mit einem dreifachen Hoch auf unser allestes deutsches Vaterland endete. Danach sang die versammelte Menge Deutschland über alles. Sodann wurden zwei Begrüßungstelegramme, die vom Reichspräsidenten und dem Reichsminister des Innern Dr. Köster eingegangen waren, verlesen. Hiernach sprachen namens der Stadt Oberbürgermeister Dr. Neugebauer und namens der preussischen Regierung Staatsminister Sebering. Die Begrüßungsansprachen an die Reichswehr und die Schutzpolizei beantwortete Generalmajor von Ledebour mit Worten des Dankes. Nach einer Parade der aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie zusammengesetzten Reichswehr endigte die eindrucksvolle Feier. Daran anschließend veranstalteten die an der Feier beteiligten Militär- und Zivilvereine einen Umzug durch die Stadt.

Der Kampf gegen die Reaktion. Berlin, 11. Juli. Vorwärts und Freiheit veröffentlichen einen Aufruf des Büros des internationalen Gewerkschaftsbundes an aus dem Wund angehenden Organisationen, worin es heißt: Das Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes hat mit Verdringung gerechnet, daß die deutschen Arbeiterorganisationen einig sind, daß sie mit allergrößter Energie dem Treiben der Reaktion zu widerstehen und die revolutionäre Verfassung zu kämpfen. Wegen die Reaktionen jeden Wortes sind die deutschen Arbeiter einig, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um die Arbeiterorganisationen vor Revolution zu schützen. Der internationale Gewerkschaftsbund erklärt sich bereit, den allgemeinen Aktionsplan der deutschen Arbeiter mit allen Kräften zu unterstützen. Der internationale Gewerkschaftsbund weiß, daß die Niederlage der Demokratie in Deutschland die Niederlage der internationalen Demokratie bedeuten würde. Gestützt auf die stolze Lösung des Weltproletariats: Arbeiter aller Länder vereinigt euch! fordert der internationale Gewerkschaftsbund von allen seinen Mitgliedern aktive Solidarität. Niemand darf gleichgültig bleiben angesichts des Kampfes, den das deutsche Proletariat zu führen hat.

Regelung der Heierstage. Berlin, 11. Juli. Dem Vorwärts zufolge hat das Reichsministerium des Innern dem Reichsamt strengen Befehl ausgeben lassen, durch den die Frage der Heierstage rechtlich geklärt werden soll. Als gesetzliche Heierstage werden bestimmt die beiden Osterstage, die beiden Pfingsttage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Fronleichnamstag und in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reichsministerium, die Fest- und Wursttage sowie der 1. Mai bleiben der landesgesetzlichen Regelung überlassen.

Eine Bombe gefunden! Berlin, 11. Juli. Nach einem eigenen Drahtbericht des Vorwärts aus Magdeburg soll bei einer neuer-

lichen Hausdurchsuchung bei Angehörigen rechtsradikaler Organisationen ein vollständig neues Krilliergerät gefunden worden sein. Auf nach Berlin. Berlin, 11. Juli. Die Reichsbehörde veröffentlicht einen Aufruf des Wirtschaftsministers der kommunistischen Internationale an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, der sich gegen den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung ausspricht und mit folgenden Worten schließt: Proletariat Deutschlands! Werft in einheitlicher Front die Reaktion nieder! Nieder mit der bürgerlichen Koalitionsregierung! Es lebe die Arbeiterregierung! Der Aufruf ist aus Magdeburg vom 8. Juli datiert.

Die Frage eines Moratoriums. Paris, 11. Juli. Wie die Agence Havas mitteilt, sollten die Staatssekretäre Schröder und Fischer gestern nachmittags eine private Unterredung mit einigen Mitgliedern der Reparationskommission, darunter Dubois haben. Der Agence Havas zufolge, sind bestimmte Schlusfolgerungen erst in einigen Tagen zu erwarten. Erst gegen Mitte der Woche werde die Reparationskommission wahrscheinlich einen offiziellen deutschen Besuch erhalten. Die alliierten Regierungen könnten sich gegebenenfalls erst nach der Einigung der Gutachter der Reparationskommission mit der Frage befassen. Auf alle Fälle dürfte dies erst nach Kenntnisnahme des Berichtes der Garantekommission geschehen, der Ende der Woche sofort bei der Arbeit des Komitees nach Paris übergeben werden soll.

Die Konferenz im Haag. Haag, 11. Juli. Gestern hatte der Unterausschuß für Kredit wieder eine Zusammenkunft mit dem russischen Abordnung. Der Vorsitzende des Unterausschusses legte den Russen eine Reihe von Fragen wegen des Wiederaufbaus von Rußland vor. In der Auseinandersetzung, die ungefähr eine Stunde dauerte, erteilte Krassin über diese Fragen Auskunft. Er gab u. a. Auskunft über das Material der russischen Eisenbahnen und über die landwirtschaftlichen Bedürfnisse. Was die zu verbleibenden Konzeptionen anbetrifft, so teilte er mit, daß die russische Regierung nur für neue Eisenbahnlinien Konzeptionen erteilen werde. Schließlich machte Krassin noch Mitteilungen über Fragen betreffend den russischen Außenhandel. Namens der russischen Abordnung legte sodann Sitwinoff dem Unterausschuß eine Reihe von Fragen teils politischer, teils statistischer Natur vor. Ueber die statistischen Fragen wird der britische Delegierte demnächst Antwort geben, während hinsichtlich der politischen Fragen der Vorsitzende erklärte, daß sich die Aussprache darüber noch nicht so entwickelt habe, daß man diese Fragen schon beantworten könne.

Amtliche Bekanntmachung.

Im hiesigen Handelsregister ist eingetragen worden: 1. Am 22. Juni 1922 auf Blatt 508 die Firma Bauhütte „Saargebiet“, Soziale Baugesellschaft mit beschränkter Haftung, in Aue. Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. April 1922 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist 1.) die Ausführung von Bauarbeiten jeder Art und die Uebernahme ganzer Bauaufträge auf Bestellung, die vorzugsweise den Zwecken der Kleinwohnungsfrage zur Förderung der minderbemittelten Volkstriebe durch Verbilligung der Bauweise dienen, sowie 2.) die Uebernahme von und die, Beteiligung an Betrieben, die mit der Durchführung dieses Zweckes in Verbindung stehen. Die Gesellschaft ist zur Vornahme aller mit dem angegebenen Gegenstand oder dem Zweck mittelbar oder unmittelbar in Verbindung stehenden Pflichten- und Nebengeschäften befugt. Das Stammkapital beträgt dreihundertvierundachtzigtausend Mark. Die Gesellschaft wird, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer oder, falls Prokuristen ernannt sind, auch durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Zum Geschäftsführer ist bestellt, der Gemeindeführer Hermann Jettel in Aue. Weiter wird bekanntgegeben, daß die Bekanntmachungen der Gesellschaft im Deutschen Reichsanzeiger erfolgen. 2. Am 26. Juni 1922 auf Blatt 807 die Firma Siegfried Kaiser in Aue betreffend: In das Handelsregister ist eingetragene der Kaufmann Paul Kach in Bwidau. Die Gesellschaft ist am 8. April 1922 errichtet worden. 3. Am 27. Juni 1922 auf Blatt 816, die Firma Eugen Lange in Aue betreffend, daß der bisherige Inhaber Julius Eugen Lange ausgeschieden ist und daß Inhaber ist der Partonagenfabrikant Reinhard Rudolf Lange in Aue. Amtsgericht Aue, den 11. Juli 1922.

Korb- u. Möbel sehr preiswert. Sessel, weiß Weide, mit Wulstlehne 475 00. Sessel, weiß Weide, mit Wulstlehne dicht geflochten 550 00. Tisch, rund, mit Eichenplatte, 60 cm Durchmesser 350 00. Tisch, oval, mit Eichenplatte, 80 cm lang 395 00. Tisch, viereckig, mit Eichenplatte, 88 cm lang 425 00. Gartentischdecken Abgepaßte Decken, moderne Muster in verschiedenen Größen . . . von 135 00 an. Tischdeckentoffe, ca. 125 cm breit gute Qualität, schöne Muster m. Kanten Mit. 95 00. Kaufhaus Schocken

